



Ausschuss für Kommunalpolitik

39. Sitzung (öffentlich)

30. April 2003

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:35 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	1
• Personalinformation durch Minister Dr. Fritz Behrens	1
• Verabschiedung von StS Riotte (IM)	1
• Änderung der Tagesordnung: <i>TOP 7 wird TOP 1</i>	1
1 Steuerbefreiung für Übungsleiter im Sport und andere als gemeinnützig anerkannte Tätigkeiten	1
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/3593	
• Diskussion	1
• Ergebnis: <i>abgelehnt</i>	3

- 2 Gesetz zur Förderung des Mittelstandes (Mittelstandsgesetz) 4**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2707
- Ausschussprotokoll 13/744
- Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- in Verbindung damit:
- 3 Gesetz zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung im Mittelstand (Mittelstandsentwicklungsgesetz MEG) 4**
- Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3733
- Diskussion 4
 - Ergebnis: *vertagt* 7
- 4 Reform der Gemeindeordnung 7**
- Ausschussprotokoll 13/763 (TOP 5)
(siehe auch Drucksache 13/3338 und Vorlage 13/1242)
- in Verbindung damit
- Festlegung des Beratungsverfahrens (Durchführung einer Anhörung) zu folgenden Gesetzesinitiativen und Anträgen:**
- a) Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung**
- Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/181 – Neudruck –
- Ausschussprotokoll 13/72
- b) Gesetz zur Stärkung der Bürgerrechte in Räten, Kreistagen und Landschaftsversammlungen**
- Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 13/197
- Vorlage 13/710
- Ausschussprotokolle 13/72 und 13/370

c) Gesetz über die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler EbeneGesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 13/623

Ausschussprotokoll 13/226

d) Gesetz zur Sicherstellung der Generationengerechtigkeit auf kommunaler EbeneGesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 13/624

Ausschussprotokoll 13/261

e) Gesetz zur Änderung der GemeindeordnungGesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/784

Vorlage 13/468

in Verbindung damit**5 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes**Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/180

Ausschussprotokoll 13/72

- Diskussion 8
- Ergebnis 10

6 Initiative für Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit 11Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3445in Verbindung damitEntschließungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3471

sowieEntschließungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3473

- Diskussion 11
- Ergebnis: *abgelehnt* 12

7 Gesetz zur Regelung der Wahlperiode der im Jahr 2004 gewählten kommunalen Vertretungen 12Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 13/3725

- Diskussion 12
- Ergebnis: *angenommen* 13

8 Schulkindergärten erhalten – Chancengerechtigkeit stärken 13Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3624

- Diskussion 13
- Ergebnis: *abgelehnt* 14

9 Bürokratie abbauen! Reitabgabe abschaffen 14Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3633

- Diskussion 14
- Ergebnis: *abgelehnt* 15

- 10 Kostenfreiheit des Bildungsangebots von Tageseinrichtungen für Kinder 16**
Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3716
- Diskussion 16
 - Ergebnis: *abgelehnt* 17
- 11 Mit der Angebotsausweitung im öffentlichen Nahverkehr durch Einführung des zweiten Integralen Taktfahrplans muss eine spürbare Verbesserung der Betriebsqualität einhergehen! Qualitätspakt Nahverkehr jetzt vereinbaren – und dabei das Kundeninteresse in den Mittelpunkt stellen! 17**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 13/3724
- Diskussion 17
 - Ergebnis: *ohne Votum* 18

* * *

Einen Widerspruch, der zumindest nicht mit diesem Antrag aufgelöst werden könne, sehe er in der Forderung nach Erleichterung des Schritts in die Selbstständigkeit und dem vehementen Festhalten der CDU an der Handwerksordnung.

Alles in allem habe sich die CDU-Fraktion auf ein bereits galoppierendes Pferd gesetzt, und es bestehe die Gefahr, dass sie dabei hinten herunterfalle. Es sollte erst einmal abgewartet werden, was vonseiten der SPD demnächst beschlossen werde. Dann werde erkennbar, dass die SPD wahrscheinlich schon ein bisschen weiter sei als der heute hier vorliegende und zeitlich schon etwas überholte Antrag.

Ewald Groth (GRÜNE) erkennt an, dass in dem Antrag viel Positives und viel Gutes stecke, aber es sei eben vor allen Dingen nicht ausformuliert, welches denn die schmerzhaften Konsequenzen sein würden. Seiner Ansicht nach sollte dem Reformeifer auf Bundesebene nicht ein Papier hinterhergeschoben werden, ohne dass dabei in die Tiefe gegangen werde und das dann auch noch beschlossen werden solle.

Im Übrigen müsse die Steuerlast in der Bundesrepublik nicht noch weiter gesenkt werden. Die Abgabenlast senken zu wollen, sei zwar richtig, aber dann müsse man auch sagen, wie man es machen wolle und was das bedeute.

Dr. Ingo Wolf (FDP) meint, seine Fraktion stimme in weiten Teilen mit dem CDU-Antrag überein, bringe aber mit dem eigenen Entschließungsantrag noch die eine oder andere zusätzlich Facette. Deswegen werde man sich enthalten.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der CDU-Fraktion mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP ab.

7 Gesetz zur Regelung der Wahlperiode der im Jahr 2004 gewählten kommunalen Vertretungen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 13/3725

Vorsitzender Jürgen Thulke leitet ein, der Gesetzentwurf sei vom Plenum am 10. April 2003 an den Hauptausschuss – federführend – sowie an den Innenausschuss und an den AKo – mitberatend – überwiesen worden.

Frank Baranowski (SPD) wirbt für den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen.

Franz-Josef Britz (CDU) bemängelt, hierbei handele es sich um einen Gesetzentwurf, der als eine kurzfristige Reaktion auf jetzige Ferientermine eingebracht worden sei, aber eine dauerhafte Wirkung habe und möglicherweise mit zukünftigen Herbstferien nicht passe. Wenn

sich, wie in einem anderen Antrag bereits beschlossen, die Ferientermine wieder verschöben, stelle sich die in diesem Antrag beschriebene Notwendigkeit nicht mehr.

Im Übrigen glaube er nicht, dass die Nähe des Wahltermins zu Sommerferien die Wahlbeteiligung beeinflusse. Zur Begründung führt er die letzte Bundestagswahl an, die für die Bayern, die sich nach seiner Kenntnis hervorragend beteiligt hätten, am Ende der Schulferien stattgefunden habe. Seine Fraktion gehe diesen Weg nicht mit und lehne den Antrag ab.

Monika Düker (GRÜNE) bestätigt, dass die mit dem Gesetzentwurf vorgeschlagene Regelung aufgrund der jetzigen Ferienregelung entstanden sei. Allerdings ziehe das Argument nicht, dass sie längerfristig schädlich sei; denn der Termin liege nun immer vor den Herbstferien.

Im Übrigen profitierten alle von der neuen Regelung. Gerade aufgrund des veränderten Wahlverhaltens, dass es viele Wechselwähler und Nichtwähler gebe, sei es wichtig, dass nach den Ferien genügend Zeit zur Verfügung stehe, um sich auf eine Wahl einstellen und vorbereiten zu können. Das sei für alle Parteien gut, weil sie auf diese Weise Zeit hätten, sich entsprechend darstellen zu können, und im Sinne der Bürger insofern auch eine gute Lösung.

Dr. Ingo Wolf (FDP) sieht in dieser Änderung des Kommunalwahlrechts eine Korrektur eines zuvor gemachten Fehlers. Seine Fraktion lehne den Gesetzentwurf aber deshalb ab, weil man nach wie vor eine Entkoppelung der Wahlzeiten für die Räte und der kommunalen Wahlbeamten wünsche.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen mit den Stimmen von SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP an.

8 Schulkindergärten erhalten – Chancengerechtigkeit stärken

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3624

Vorsitzender Jürgen Thulke schickt voraus, der Antrag sei am 19. März 2003 an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung – federführend – sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie und an den AKo überwiesen worden. Der federführende Ausschuss beabsichtige, den Antrag am 28.05. abschließend zu beraten.

Franz-Josef Britz (CDU) meint, auch aus Sicht der Kommunen sei es durchaus eine sinnvoll, solche Schulkindergärten, die die Landesregierung zum Schuljahr 2004/05 abschaffen wolle, zu erhalten, weil sie in besonderer Weise eine Förderung der Kinder ermöglichten.